

Der letzte Countdown der Ära Putin

Vladislav Inozemtsev



In den letzten Jahren hat jeder und seine Mutter die klischeehafte Phrase verwendet: "Wir sind in einem anderen Land aufgewacht". Das "Zeroing out" des Usurpators im Kreml, die Verhaftung von Alexej Nawalny, die Anerkennung der Souveränität der separatistischen "Republiken" im Donbass durch Russland, der Einmarsch Russlands in die Ukraine - all diese Ereignisse wurden mit einer ähnlichen Reaktion bedacht. Heute ist jedoch wahrscheinlich der Tag, an dem wir anerkennen sollten, dass keiner dieser Anlässe die Bewertung verdient hat, verglichen mit der am 21. September angekündigten Mobilisierung, die zu einem echten Meilenstein wurde, der die moderne Geschichte Russlands in ein "Vorher" und ein "Nachher" teilt und den endgültigen Countdown der Ära Putin einleitet.

Ich werde mich nicht mit dem moralischen Aspekt der Angelegenheit befassen und mich fragen, ob der eingeleitete Völkermord an den Russen das Blatt an der ukrainischen Front wenden wird, oder in die Geschichte eintauchen, um die aktuelle Mobilisierung mit früheren zu vergleichen. Stattdessen werde ich mich darauf beschränken, die wirtschaftlichen Auswirkungen zu bewerten, die in Russland nicht unbemerkt bleiben werden - dessen bin ich mir sicher. Die Mobilisierung wird die Wirtschaftskrise, die durch den Einmarsch Russlands in die Ukraine ausgelöst wurde, drastisch beschleunigen.

Was wir über die Mobilisierung wissen, stammt von Kremlbeamten (nicht viel) und gewöhnlichen Russen (viel mehr). Die Behörden haben berichtet, dass sie 300.000 Bürger, die meist über einschlägige militärische Berufe und Kampferfahrung verfügen, innerhalb ganz bestimmter Altersgrenzen einberufen wollen, indem sie sie über die Einberufungsstellen einberufen. Gewöhnlichen Russen zufolge sind jedoch einzelne Bezirke in Zentralrussland angewiesen worden, jeweils bis zu 800 Rekruten zu stellen, während andere Regionen mit der Mobilisierung von bis zu 20.000 Mann rechnen, was durchgesickerte Daten über das Mobilisierungsziel von einer Million oder sogar 1,2 Millionen Menschen bestätigt. Die Vorladungen richten sich an Menschen aus den unterschiedlichsten Altersgruppen und Bildungsschichten, während die für die Rekrutierung zuständigen Beamten, die Polizei und die russische Garde mit groß angelegten Razzien begonnen haben, bei denen sie die Männer auf der Straße, in der U-Bahn oder auf den Polizeistationen am Straßenrand aufgreifen. Diese Mobilisierung nach "russischem Vorbild" birgt wirklich katastrophale Risiken für die Volkswirtschaft.

Wenn man davon ausgeht, dass die überwiegende Mehrheit der Russen es begrüßt, in der Ukraine getötet oder behindert zu werden, während sie die Interessen von Putins Bürokratie verteidigt, ist die Situation technisch gesehen kein Notfall. Es ist ein Leichtes, aus 10 Millionen Patrioten 300.000 oder sogar 1 Million Freiwillige herauszupicken, ohne dass die Wirtschaft etwas davon merkt.

Offiziellen Schätzungen zufolge gibt es in Russland 3,1 Millionen Arbeitslose, 700.000 private Sicherheitskräfte, mindestens 100.000 persönliche Fahrer, 80.000 Abgeordnete verschiedener Ebenen und viele weitere Personen, deren wirtschaftlicher Beitrag ebenso fragwürdig ist. Die Zahl der Beschäftigten in den großen russischen Unternehmen übersteigt die ihrer westlichen Pendanten um ein Vielfaches. Die Russische Eisenbahn, die von der Mobilisierung ausgenommen wurde, beschäftigt 774.000 Menschen - so viele wie alle europäischen Eisenbahnen zusammen, und das bei nur einem Siebtel ihrer gemeinsamen Einnahmen. Dies würde jedoch unter zwei Bedingungen funktionieren: wenn die russischen Bürger bereit wären, in den Krieg zu ziehen, und wenn der russische Staat seine Grenzen kennen und zumindest ein Mindestmaß an Legitimität wahren würde.

Da beide Bedingungen im heutigen Russland nicht erfüllt sind, ist es müßig, den wirtschaftlichen Schaden zu beziffern, der entsteht, wenn man dem Land eine Million Arbeitnehmer entzieht. Das Problem liegt ganz woanders.

Der letzte Countdown der Ära Putin

Vladislav Inozemtsev



Es hat sich gezeigt, dass die Regierung ihre Bevölkerung zwar wie Vieh behandeln will, dass es aber gewisse Hemmungen gibt: vor allem die Erwartung eines Gegenschlags. Dies erklärt die unverhältnismäßig aktive Mobilisierung in abgelegenen Regionen, ländlichen Gebieten und Kleinstädten. Wir haben Fälle im Fernen Osten Russlands, in Burjatien und Jakutien erlebt, in denen fast die Hälfte der männlichen Bevölkerung der Gemeinde zusammengetrieben und zu den Rekrutierungsstationen gebracht wurde. Dadurch wird die ohnehin schon stagnierende lokale Wirtschaft an den Rand des Zusammenbruchs gedrängt, so dass Tausende von Haushalten ihren Lebensunterhalt nicht mehr bestreiten können und die lokalen kleinen und mittleren Unternehmen untergehen.

Während vor der Mobilisierung mit einem Einbruch des russischen BIP um 4-5 % gerechnet wurde, erscheint mir heute selbst meine Frühjahrsprognose eines 10 %igen Einbruchs zu optimistisch.

Zugegeben, Russland war in letzter Zeit eine Wirtschaft der Großstädte und Großunternehmen (allein auf Moskau entfallen mehr als 20 % des BIP), aber es gibt noch einen weiteren Faktor, der eine Rolle spielt. Im Gegensatz zu fügsamen Dorfbewohnern zögern die "kultivierten" Bewohner der Megastädte, den ukrainischen Boden mit ihrem Körper zu düngen. Zehntausende sind in ihrem eigenen Land auf der Flucht (und damit meine ich nicht diejenigen, die die Grenzübergänge stürmen; ihr Zustrom wird eingedämmt, sobald das Kriegsrecht verhängt und die Grenzen geschlossen sind). Die Menschen vermeiden es, sich an ihrem gemeldeten Wohnsitz aufzuhalten; die Zahl der Männer im öffentlichen Raum der regionalen Stadtzentren ist um ein Vielfaches zurückgegangen, ebenso wie der interregionale Reiseverkehr. Wir haben die COVID-Zahlen noch nicht ganz erreicht, aber wir sind auf dem besten Weg, sie zu erreichen.

In den nächsten Tagen ist damit zu rechnen, dass die Rekrutierungsbeauftragten des Militärs damit beginnen werden, am Arbeitsplatz nach potenziellen Rekruten zu suchen, anstatt zu versuchen, sie zu Hause einzufangen, was der Wirtschaft den ultimativen Schlag versetzen wird. Mehrere Millionen Menschen werden sich dafür entscheiden, ihren Dienst zu quittieren, anstatt zu den Streitkräften zu gehen. In der Zwischenzeit verfügen große Städte über effizientere Wirtschaftseinheiten, was bedeutet, dass der Verlust auch nur einer Handvoll Mitarbeiter einem Unternehmen unverhältnismäßig großen Schaden zufügen kann. Das vorübergehende "Verschwinden" von mindestens drei oder vier Millionen Menschen aus dem legalen Arbeitsmarkt wird kaum unbemerkt bleiben. Daher wage ich die Vermutung, dass das russische BIP im Oktober um mindestens 4-6 % gegenüber August sinken wird, und die nächsten Monate werden diesen Trend nur noch verstärken.

Das vorübergehende "Verschwinden" von mindestens drei oder vier Millionen Menschen aus dem legalen Arbeitsmarkt wird kaum unbemerkt bleiben.

Natürlich wird die landesweite Einführung des Kriegsrechts die Korruption im gesamten öffentlichen Sektor in die Höhe treiben (man denke nur an den Witz über die Wehrdienstleistenden, die versuchen, in die Forbes-Liste aufgenommen zu werden), was das, was von unternehmerischen Initiativen in Russland noch übrig ist, untergraben wird. Darüber hinaus ist die Mobilisierung auch ein kostspieliges Unterfangen, denn sie bedeutet, dass die Regierung den Krieg auf unbestimmte Zeit fortsetzen will, was viel Geld kostet. Es ist kein Zufall, dass sich die Machthaber parallel zu den "Volksabstimmungen" über die besetzten Gebiete und der Ankündigung der Mobilisierung der Besteuerung zuwandten: Der Kreml beabsichtigt, die Steuern für die Schlüsselindustrien (allein die Energieexporttarife und -zölle sollen im nächsten Jahr um fast 1,4 Billionen Rubel erhöht werden) und die Sozialversicherungsabgaben (ab 2023 um bis zu 15 %, was offenbar aus der Zusammenlegung des Rentenfonds und des Sozialversicherungsfonds resultiert) zu erhöhen.

Der letzte Countdown der Ära Putin

Vladislav Inozemtsev



Es besteht kaum ein Zweifel daran, dass jeder Rubel der erhobenen Steuern dazu führen wird, dass das BIP um zwei oder vier Rubel sinkt, da sich die Wirtschaft rasch in den Schatten zurückzieht, indem sie ihren "verschwindenden" Arbeitnehmern folgt und vor der Gier des Staates flieht. In einem solchen Umfeld ist ein Nachfragerückgang vorprogrammiert: Der Lebensstandard wird bis zum Jahresende um 5-7 % sinken, einfach weil die Mobilisierten (zumindest in den ersten Monaten) nur ein virtuelles Einkommen erhalten, während sich Millionen von Dienstunwilligen in die Schattenwirtschaft zurückgezogen haben, wodurch das Gesamteinkommen sinkt. Die von Unternehmen und Privatpersonen erhobenen Steuern werden nichts anderes sein als eine Belastung für das soziale Wohlergehen, denn diese Einnahmen werden für militärische Ausrüstung, die in der ukrainischen Steppe so gut brennt, und für Armeematerial ausgegeben, das größtenteils veruntreut wird, bevor es den vorgesehenen Empfänger erreicht.

Wachsende Steuereinnahmen werden für militärische Ausrüstung ausgegeben, die in der ukrainischen Steppe so gut brennt.

Ganz zu schweigen von dem schweren Schlag, den Russland auf dem Finanzsektor erleiden wird. Im Sommer 2022, nach dem durch den Kriegsbeginn verursachten Einbruch, ging es auf dem russischen Kreditmarkt wieder aufwärts: Im Juli nahmen die Russen doppelt so viele Hypotheken auf wie im Mai. Heute erscheint es fast unangebracht, über die künftige Nachfrage nach Wohnraum zu diskutieren (es sei denn, es melden sich Offiziere und ihre Familien) in einem Land, in dem mindestens jeder zehnte erwerbstätige Mann entweder mobilisiert ist oder sich der Mobilmachung entzieht.

Natürlich haben sich die jüngsten Entwicklungen auch auf den Aktienmarkt ausgewirkt und den MOEX Russia Index allein in der letzten Woche um 15,5 % fallen lassen, mit der Möglichkeit, ihn noch vor Jahresende unter 1.500 Punkte zu drücken. Auch die Investitionen (mit Ausnahme der öffentlichen Verteidigungsausgaben) werden rapide zurückgehen, was den Trend für 2023 vorgibt: den erwarteten Rückgang des BIP, den ich auf 7-8 % beziffern würde. Hinzu kommt die bevorstehende neue Welle von Sanktionen, die der Westen in Kürze ankündigen wird, um Russland viel entschiedener als erwartet von den globalen Energiemärkten zu verdrängen und eine neue Tranche von Beschränkungen für seine Lieferungen kritischer Produkte zu verhängen. Der Parallelimport, auf den der Kreml immer noch große Hoffnungen setzt, könnte ins Stocken geraten, entweder weil Russland seine Grenzen zur Unterstützung der Mobilisierungsbemühungen blockiert oder weil mehrere Staaten im Rahmen neuer finanzieller Beschränkungen keine MIR-Bankkarten mehr akzeptieren. Ich würde sagen, dass mittelfristig (in drei bis fünf Monaten) die finanziellen Gesamtauswirkungen der Mobilisierung die der Invasion selbst übertreffen werden.

Die finanziellen Auswirkungen der Mobilisierung werden die der Invasion selbst übertreffen

In zwei oder drei Monaten (vielleicht unterschätze ich die Fähigkeiten und die Entschlossenheit der ukrainischen Patrioten) werden Zehntausende von Särgen ihre Reise von der Ukraine zurück nach Russland antreten. Anstelle der von Wagner rekrutierten Häftlinge oder derjenigen, die freiwillig einen Militärvertrag unterschrieben hatten und seitdem für die Welt tot sind, werden sie die Leichen derjenigen transportieren, die noch am 1. September Pläne schmiedeten und ihre Kinder fröhlich zur Schule schickten. In diesem Moment wird der von Putin ausgelöste Völkermord an arbeitsfähigen, reifen Männern bei den russischen Frauen eine Reaktion hervorrufen, die von Verzweiflung bis zu unkontrollierbarer Empörung reicht. Eine weitere Welle der Krise wird sich auftürmen - vor dem Hintergrund, dass die Glaubwürdigkeit der Regierung noch zuverlässiger als Putins Amtszeit im Jahr 2020 auf Null gesunken ist.

Der letzte Countdown der Ära Putin

Vladislav Inozemtsev



Es ist die breite "weibliche Revolution", die die größte Bedrohung für die Behörden im andauernden Krieg mit der Ukraine darstellen wird, da die russischen Männer ihren Selbsterhaltungstrieb und die Fähigkeit, sich von der Masse abzuheben, weitgehend verloren haben; währenddessen können die Frauen klar erkennen, welche schreckliche Zukunft der glatzköpfige Kreml-Zwerg für sie bereithält.

Unter den neuen Umständen können weder Waisengelder noch weiße Ladas für die Familien der Gefallenen die sich verstärkende Rebellion aufhalten.

Mit der Ankündigung der Mobilisierung (und nicht der "besonderen Militäroperation" als solcher) hat Putin seinen Gesellschaftsvertrag mit der Nation praktisch aufgekündigt. Heute ist klar, dass einerseits die Bevölkerung ihrer persönlichen Freiheiten beraubt wurde, die der Kreml in den letzten zwanzig Jahren als Ausgleich für die schrumpfenden oder gar nicht vorhandenen politischen Freiheiten propagiert hatte, und dass andererseits der sklavische Gehorsam gegenüber der Regierung und die Nichteinmischung in die Politik kein Wirtschaftswachstum garantieren.

Eine Erkenntnis ist angebracht: Die in den letzten zwanzig Jahren grassierende Umverteilung des nationalen Reichtums durch Veruntreuung und Korruption hat nichts mit seiner Vernichtung in dem aggressiven Krieg zu tun, den Russland heute führt. Der größte Betrag, der bei einem Beamten oder einem Sicherheitsbeamten (im Fall von Oberst Sachartschenko) beschlagnahmt wurde und der die russische Öffentlichkeit einst empörte, entspricht dem Gegenwert von sechs Stunden, und die Kosten von "Putins Palast", die in Nawalnys Untersuchung aufgedeckt wurden, entsprechen dem Gegenwert von zwei Tagen von Putins wahnhaftem Angriff auf die Ukraine (der, wie jetzt klar ist, mit der Zeit nur noch teurer werden wird).

Vor zwei Jahren habe ich behauptet, dass die 2020er Jahre für die russische Regierung "eine Zeit des Terrors und des reinen Autoritarismus" werden, da ich davon ausging, dass diese Herrschaftsinstrumente Putin das ganze Jahrzehnt über an der Macht halten könnten. Heute muss ich meine Prognose ändern: Der Wahnsinn hat ein solches Ausmaß erreicht, dass er nicht einmal für einige Jahre aufrechterhalten werden kann.

Als ich Anfang März schrieb "wird die russische Wirtschaft bis zum Winter tot sein" und jetzt habe ich das Gefühl, dass ich Recht hatte ...



Vladislav Inozemtsev

Gründer und wissenschaftlicher Direktor
Zentrum für Post-Studien zur Industriegesellschaft (Moskau)